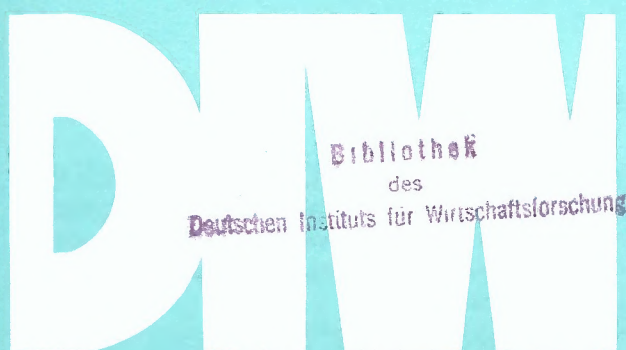




Handelsbeziehungen der DDR zum Gemeinsamen Markt

EG-Handel der DDR 103

EG-Handelspolitik gegenüber der DDR 108

Wirtschaftliche Lage und Reformprogramm in Polen 114

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 9/90

Berlin

1. März 1990

57. Jahrgang

2. Ex.

Handelsbeziehungen der DDR zum Gemeinsamen Markt

Gegenstand dieser Untersuchung ist der Handel der DDR mit den EG-Ländern¹. Der Warenverkehr mit der Bundesrepublik Deutschland wird nur am Rande behandelt, weil der innerdeutsche Handel besonderen Bedingungen unterliegt². Analysiert wird auch die Handelspolitik der EG gegenüber der DDR. Die Untersuchung zeigt, daß die wichtigste Voraussetzung für höhere Lieferungen der DDR eine erhebliche Verbesserung ihres Angebots ist. Eine wirtschaftliche Einbeziehung der DDR in die Gemeinschaft, in welcher Form auch immer, wird aber die nötige Umstrukturierung beschleunigen.

EG-Handel der DDR

Nach den vorliegenden Informationen lassen sich für 1988 die Ausfuhr und die Einfuhr der DDR im Warenhandel auf 52 bzw. 50 Mrd. DM veranschlagen³. Das ergibt einen Außenhandelsumsatz von rund 6 100 DM pro Kopf der Bevölkerung; gemessen am Außenhandel der Bundesrepublik ist dies weniger als die Hälfte (knapp 40 vH von 16 300 DM). Selbst wenn man den bundesdeutschen Wert entsprechend dem Unterschied des Pro-Kopf-Einkommens halbiert, liegt der Wert für die DDR noch deutlich darunter, müßte aber wegen deren geringerer Größe eher darüber liegen. Die DDR ist also vergleichsweise wenig in die internationale Arbeitsteilung eingebettet. Auf der Ausfuhrseite allein ist der Abstand zur Bundesrepublik noch größer.

Stellenwert und Entwicklung des EG-Handels

Gut zwei Drittel des Außenhandels wickelt die DDR mit den RGW-Ländern ab, die im Warenhandel der Bundesrepublik mit 3 bis 4 vH nur eine geringe Rolle spielen. Fast die Hälfte des übrigen Handels der DDR entfällt auf die Lieferungen und Bezüge im Rahmen des innerdeutschen Handels, das restliche Sechstel zum größeren Teil auf die

westlichen Industrieländer. Unter den Entwicklungsländern spielen nur wenige eine Rolle, nämlich die VR China, Jugoslawien, Ägypten, Brasilien und Indien. Hierbei handelt es sich um Länder, mit denen die DDR engere politische Beziehungen unterhält, und/oder um sehr große Länder. Unter den westlichen Industrieländern ist die EG für die DDR ebenso wie für die Bundesrepublik der wichtigste Handelspartner, während die EFTA-Länder für die DDR eine größere und die überseeischen Länder eine geringere Bedeutung haben als für die Bundesrepublik. Innerhalb der EG sind Dänemark, Griechenland und

¹ Eine ausführliche Fassung erscheint in den Beiheften zur „Konjunkturpolitik“ zusammen mit den anderen Referaten der Vortragsveranstaltung der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V. über die Wirtschaft der DDR am 12. Februar 1990 in Bonn.

² Vgl. dazu die Analysen von H. Lambrecht, zuletzt unter dem Titel „Innerdeutscher Handel: Expansionsmöglichkeiten wirklich nutzen“. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 9-10/89.

³ Für den RGW-Handel von Valuta-Mark mit dem für 1988 angegebenen Kurs auf D-Mark umgerechnet (1 VM = 0,617 DM; vgl. DIW, DDR-Wirtschaft im Umbruch. Kurzexpose für den Bundesminister für Wirtschaft im Rahmen der Strukturberichterstattung, Berlin, Januar 1990, S. 31), für den übrigen Handel aus den Statistiken der Partnerländer ermittelt.

Frankreich für die DDR vergleichsweise große Handelspartner. Festzuhalten bleibt allerdings, daß der Handel mit der EG für die DDR nur rund 5 vH des gesamten Außenhandels ausmacht, für die Bundesrepublik dagegen mehr als die Hälfte. Der Außenhandelsumsatz der DDR mit der EG erreicht lediglich ein Hundertstel des bundesdeutschen Wertes und entspricht etwa dem Umsatz der Bundesrepublik mit Irland.

Die Ausfuhren der DDR in die EG erreichten 1987 und 1988 nur noch knapp 3 Mrd. DM nach dem bisherigen Maximum von 4 Mrd. DM im Jahre 1985⁴. Demgegenüber bewegten sich die DDR-Einfuhren aus der EG in der ersten Hälfte der achtziger Jahre bei jährlich gut 2 Mrd. DM und stiegen in den letzten Jahren. Damit war die Handelsbilanz der DDR gegenüber der EG 1988 — wie im Durchschnitt der siebziger Jahre — fast ausgeglichen, während sie von 1982 bis 1987 beträchtliche Überschüsse aufwies.

Die Verringerung der Exporterlöse der DDR in den letzten Jahren ist in hohem Maße durch den Preisverfall bei Erdöl bedingt. In den achtziger Jahren spielten Mineralölzeugnisse für die Ausfuhr der DDR in die EG eine erhebliche Rolle; der Erlösrückgang machte mit gut 500 Mill. DM rund die Hälfte des gesamten Ausfuhrückgangs von 1985 bis 1987 aus⁵. Aber auch in den meisten anderen Produktgruppen verzeichnete die DDR Absatzeinbußen, vor allem bei Bergbauprodukten, Erzeugnissen der Chemie, NE-Metallen sowie bei Eisen und Stahl. Nur bei wenigen Warengruppen erreichte die DDR noch einen weiteren Anstieg der Ausfuhr (Glaswaren, Feinmechanik und Optik, Holzbearbeitung) oder konnte zumindest den Absatz halten (Elektrotechnik, Steine und Erden, Papierwaren, Leder).

Warenstruktur

Die Ausfuhren der DDR in die EG bestehen zu rund 90 vH aus Gütern des verarbeitenden Gewerbes; bei den übrigen Lieferungen handelt es sich im wesentlichen um einzelne Bergbauprodukte und landwirtschaftliche Erzeugnisse. Auch die Einfuhren der DDR aus der EG sind in erster Linie verarbeitete Güter; darüber hinaus fallen lediglich Käufe von Agrarerzeugnissen ins Gewicht, deren Anteil in den letzten Jahren allerdings zurückgegangen ist.

Diese Grundstruktur des Warenhandels findet sich auch bei der Bundesrepublik; die großen Unterschiede zwischen den beiden Ländern liegen *innerhalb* des verarbeitenden Gewerbes. So spielen einige für den bundesdeutschen Außenhandel wichtige Warengruppen (Kraftfahrzeuge, Luftfahrzeuge, Büromaschinen und ADV-Geräte) im Handel der DDR gar keine oder nur eine sehr geringe Rolle. Dafür sind dort in weit größerem Maße Erzeugnisse der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien vertreten. Eine ähnlich hohe Bedeutung für die Aus-

fuhr haben in beiden Fällen Chemie, Elektrotechnik sowie Feinmechanik und Optik; auch der Maschinenbau erreicht bei den DDR-Lieferungen in die EG einen bedeutenden Anteil, der allerdings hinter dem bundesdeutschen zurückbleibt.

Zur Beschreibung des inter-sektoralen Spezialisierungsmusters wurden die Warenstrukturen der Ausfuhr und Einfuhr einander gegenübergestellt, und für jede Warengruppe wurde die Relation ihres Anteils auf der Ausfuhrseite zu ihrem Anteil auf der Einfuhrseite berechnet. Ist der Wert dieses Spezialisierungsindex größer als 1, wird in der betreffenden Warengruppe *relativ* viel exportiert, bei Werten kleiner als 1 *relativ* viel importiert.

So überwiegen im Handel mit den EG-Ländern bei Verbrauchsgütern sowie Grundstoffen und Produktionsgütern die Ausfuhren der DDR die Einfuhren sehr deutlich. Dies gilt bei den Verbrauchsgütern für Lederwaren, Holzwaren, Musik- und Spielwaren, Feinkeramik, Glaswaren und Papierprodukte, bei den Gütern der Grundstoffindustrien trifft dies insbesondere für Mineralölprodukte, NE-Metalle, Zellstoff sowie Steine und Erden zu. Bei den Erzeugnissen der Investitionsgüterindustrien sowie den Nahrungs- und Genußmitteln haben dagegen die Einfuhren der DDR ein größeres Gewicht. Unter den umsatzstärkeren Produktgruppen weist sie hier lediglich bei Erzeugnissen des Straßenfahrzeugbaus, EBM-Waren, Feinmechanik und Optik sowie Elektrotechnik relativ mehr Ausfuhren als Einfuhren auf. Trotz starker jährlicher Veränderungen bei einer Reihe von Warengruppen ist das sektorale Grundmuster im EG-Handel der DDR in den siebziger und achtziger Jahren sehr stabil geblieben. Steigende oder sinkende Trends zeichneten sich bei einzelnen Warengruppen über beide Jahrzehnte nicht ab.

Die Exportstärken der Bundesrepublik im Handel mit den EG-Ländern liegen dagegen bei den Erzeugnissen der Investitionsgüterindustrien, insbesondere beim Ma-

⁴ Da die DDR keine ausreichend untergliederte Außenhandelsstatistik veröffentlicht, wurden die notwendigen Informationen aus den Statistiken der Partnerländer zusammengestellt. Dementsprechend sind die Ausfuhren der DDR auf cif-Basis und ihre Einfuhren auf fob-Basis angegeben; dasselbe gilt für die zu Vergleichszwecken in derselben Weise ermittelten Handelsdaten für die Bundesrepublik. Diese vom üblichen Verfahren abweichende Bewertung ist für die Strukturanalyse unerheblich, muß aber bei der Beurteilung der absoluten Zahlen — etwa für den Vergleich von Handelsbilanzsalden — beachtet werden. So errechnet sich z.B. für die Einfuhr der Bundesrepublik aus den Angaben der Bundesbank in ihrer Zahlungsbilanzstatistik für 1988 ein Anteil von Frachten und Versicherungskosten am cif-Wert in Höhe von 2 vH.

⁵ Für die Analyse nach Warengruppen wurden die Außenhandelsdaten der OECD von der Standard International Trade Classification (SITC) auf die Gütergruppen bzw. -zweige des Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (GP) des Statistischen Bundesamtes umgeschlüsselt und in D-Mark umgerechnet. Damit ist auch ein unmittelbarer Vergleich mit der amtlichen Außenhandelsberichterstattung für die Bundesrepublik und mit den Angaben über den innerdeutschen Handel möglich. Daten für 1988 liegen von der OECD noch nicht vor.

Außenhandel¹⁾ der DDR und der Bundesrepublik Deutschland mit den EG-Ländern nach Warengruppen 1987

Warengruppen	Warenstruktur der Ausfuhr in vH		Warenstruktur der Einfuhr in vH		Spezialisierungs- index ²⁾		Zum Vergleich: Spezialisierung ²⁾ der DDR im innerdeutschen Handel
	DDR	BRD	DDR	BRD	DDR	BRD	
Erzeugn. der Land-, Forstwirtschaft u. Fischerei	4,3	1,6	7,1	7,8	0,6	0,2	13,0
Bergbauliche Erzeugnisse	5,3	1,2	1,4	3,1	3,8	0,4	0,3
Erzeugnisse des verarbeitenden Gewerbes	89,8	96,5	89,9	87,9	1,0	1,1	1,0
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	36,2	24,3	30,1	28,3	1,2	0,9	1,2
Spalt- und Brutstoffe	0,0	0,1	0,0	0,5	0,2	0,2	1,0
Steine und Erden, Asbestwaren	1,4	1,0	0,6	1,2	2,2	0,8	4,1
Eisen und Stahl	9,1	3,5	6,4	3,9	1,4	0,9	0,7
Eisen-, Stahl- und Temperguß	0,2	0,2	0,3	0,2	0,6	1,1	2,4 ³⁾
Erzeugnisse d. Ziehereien u. Kaltwalzwerke	0,6	0,6	0,4	0,5	1,5	1,1	0,6
NE-Metalle und -Metallhalbzeug	4,2	1,9	1,5	2,4	2,8	0,8	1,1
NE-Metallformguß	0,0	0,0	0,0	0,0	0,4	1,0	.
Mineralölerzeugnisse	4,1	0,3	0,1	4,3	29,8	0,1	31,2
Chemische Erzeugnisse	13,2	13,7	18,2	12,0	0,7	1,1	0,6
Schnitt-, Sperrholz u. sonst. bearb. Holz	0,5	0,4	0,3	0,4	2,1	1,1	1,4
Holzschliff, Zellstoffe, Papier und Pappe	0,8	1,6	0,3	1,4	2,6	1,1	1,7
Gummiwaren	2,2	1,1	2,0	1,5	1,1	0,7	0,7
Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	29,5	52,9	40,2	32,5	0,7	1,6	0,4
Stahlbauerzeugnisse, Schienenfahrzeuge	0,4	0,6	3,3	0,5	0,1	1,2	0,6
Maschinenbauerzeugnisse	9,0	12,9	24,0	6,2	0,4	2,1	0,2
Straßenfahrzeuge	2,6	19,2	0,9	9,9	2,8	1,9	0,5
Wasserfahrzeuge	0,0	0,2	0,0	0,1	9,1	1,4	.
Luft- und Raumfahrzeuge	0,1	0,6	0,5	1,2	0,2	0,5	.
Elektrotechnische Erzeugnisse	11,3	10,4	8,0	7,2	1,4	1,5	1,1
Feinmechanische und optische Erzeugnisse	1,9	2,0	1,1	1,2	1,7	1,6	1,1
Erzeugnisse der Stahlverformung	0,4	0,7	0,4	0,5	0,9	1,4	1,5
Eisen-, Blech-, Metallwaren	3,1	3,4	1,2	2,1	2,6	1,6	1,5
Büromaschinen, ADV-Geräte	0,6	2,9	0,7	3,6	0,8	0,8	0,4
Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	22,8	13,5	14,2	18,3	1,6	0,7	2,7
Feinkeramische Erzeugnisse	1,1	0,4	0,1	0,5	9,9	0,8	8,2
Glas, Glaswaren	1,6	0,8	0,4	0,9	3,8	0,9	8,3
Holzwaren	7,0	1,1	0,2	1,2	28,0	0,9	21,0
Musikinstrumente, Spiel-, Sportwaren usw.	3,7	0,6	0,2	0,8	15,0	0,8	4,8
Papier- und Pappwaren	1,0	1,1	0,4	0,5	2,3	2,1	1,6
Druckereierzeugnisse usw.	0,5	0,8	0,5	0,4	1,0	1,8	1,0
Kunststofferzeugnisse	1,0	2,8	1,6	2,2	0,6	1,3	0,9
Leder	0,4	0,1	1,3	0,5	0,3	0,3	0,2
Lederwaren	1,6	0,1	0,1	0,2	30,6	0,4	0,8 ⁴⁾
Schuhe	0,1	0,2	1,5	1,7	0,0	0,1	.
Textilien	3,5	3,8	6,3	6,6	0,6	0,6	1,9
Bekleidung	1,4	1,6	1,4	2,9	1,0	0,5	7,3
Erzeugnisse des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes	1,3	5,8	5,5	8,7	0,2	0,7	0,5
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes	1,3	5,4	5,2	8,5	0,2	0,6	0,5
Tabakwaren	0,0	0,4	0,3	0,2	0,0	1,8	0,7
Sonstige Waren	0,7	0,7	1,6	1,1	0,4	0,6	0,7
Insgesamt	100	100	100	100	1	1	1
Nachrichtlich: Insgesamt in Mrd. DM							
1980	2,4	167,6	2,2	158,5	.	.	.
1985	4,0	253,1	2,2	227,0	.	.	.
1986	3,4	255,2	2,3	209,2	.	.	.
1987	2,9	266,4	2,3	208,6	.	.	.
1988	2,8	294,9	2,6	222,3	.	.	.

1) Ohne innerdeutschen Handel. Die Ausfuhr werden anhand der Einfuhrstatistik und die Einfuhren anhand der Ausfuhrstatistik der EG-Länder dargestellt; dementsprechend sind die „Ausfuhr“ auf cif-Basis und die „Einfuhr“ auf fob-Basis angegeben. — 2) Anteil der jeweiligen Warengruppe an der Ausfuhr dividiert durch ihren Anteil an der Einfuhr im Handel mit der EG(11) bzw. im Handel der DDR mit der BRD.
3) Einschließlich NE-Metallformguß. — 4) Einschließlich Schuhe.

Quellen: DIW-Außenhandelsdaten; Statistisches Bundesamt, Fachserie 6, Handel, Gastgewerbe, Reiseverkehr, Reihe 6, Warenverkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost), 1987; IWF, Direction of Trade Statistics, Jahrbuch 1989; Berechnungen des DIW.

schienenbau und beim Straßenfahrzeugbau, während die Importe in erster Linie bei den Nahrungs- und Genußmitteln sowie Verbrauchsgütern, aber auch bei den Grundstoffen und Produktionsgütern relativ hoch sind. Außerhalb des Investitionsgüterbereiches weisen lediglich Papierverarbeitung, Druck und Kunststoffverarbeitung vergleichsweise große Exporte auf, und die Chemie erreicht etwa ein ausgeglichenes Ergebnis. Im bundesdeutschen Außenhandel steht die intra-sektorale Spezialisierung weit stärker im Vordergrund als bei der DDR: Während bei der Bundesrepublik fast 80 vH der Ausfuhr und Einfuhr im Handel mit den EG-Ländern in dieselben Warengruppen fallen, sind es bei der DDR nur gut 60 vH⁶. Dort hat also die inter-sektorale Arbeitsteilung (noch) einen höheren Stellenwert.

Dies gilt auch für den innerdeutschen Handel. Hier weist die DDR im verarbeitenden Gewerbe dasselbe Grundmuster der inter-sektoralen Spezialisierung auf wie im Handel mit den anderen EG-Ländern. Dabei ist der Tausch von Verbrauchs- gegen Investitionsgüter noch stärker ausgeprägt. Nur in wenigen Warengruppen dreht sich die Richtung um: Im Unterschied zum übrigen EG-Handel hat die DDR im Handel mit der Bundesrepublik bei Bekleidung, Textilien und Gießereierzeugnissen vergleichsweise hohe Ausfuhren, bei Eisen und Stahl, Erzeugnissen der Ziehereien und Kaltwalzwerke, Gummiwaren und Erzeugnissen des Straßenfahrzeugbaus dagegen relativ große Einfuhren.

Ähnlichkeit mit anderen Ländern

Aus einem Vergleich der Struktur der Lieferungen der DDR in die EG mit derjenigen anderer Länder ergeben sich Rückschlüsse auf die Konkurrenzbeziehungen. Je ähnlicher die Lieferstrukturen sind, desto mehr fällt eine unterschiedliche handelspolitische Behandlung ins Gewicht. Die Ähnlichkeit der Lieferstrukturen wird hier anhand eines einfachen Indikators gemessen, der in diesem Falle angibt, wie stark sich jeweils die Gesamtausfuhr der DDR in die EG und diejenige eines anderen Landes nach Warengruppen bzw. nach Absatzländern „überlappen“⁷. Nach diesem Verfahren werden die Warenstrukturen allein und in Verbindung mit den regionalen Absatzstrukturen verglichen.

Die Berechnungen zeigen, daß die Warenstruktur der DDR-Lieferungen in die EG am stärksten derjenigen Jugoslawiens ähnelt; im Durchschnitt der Jahre 1985 bis 1987 entfielen die Lieferungen der beiden Länder zu fast 60 vH auf dieselben Warengruppen. Es folgen die CSSR und die Niederlande (mit 57 vH). Legt man die Struktur der Lieferungen nach den Warengruppen und den einzelnen EG-Ländern zugrunde, dann errechnet sich eine entsprechend geringere Überlappung als bei der Warenstruktur allein. Für die DDR findet sich unter beiden Aspekten die größte Ähnlichkeit mit der CSSR und der

Bundesrepublik, deren Lieferungen zu 45 bzw. 44 vH aus Gütern derselben Warengruppen bestehen, die in dieselben Länder gehen. Es folgen Italien, Großbritannien, Österreich und Belgien (mit 40 bzw. 39 vH). Die Rangfolge nach dem Ähnlichkeitsindex für Waren und Länder folgt im großen und ganzen derjenigen für die Warenstruktur allein.

Schaut man sich die ersten 15 Länder mit der den DDR-Lieferungen ähnlichsten Warenstruktur an, so finden sich darunter sieben EG-Länder, vier RGW-Länder und drei EFTA-Länder. Danach folgen einige fortgeschrittene Entwicklungsländer (Mexiko, Israel, Türkei, Taiwan), einige Erdölländer (Arabische Emirate, Bahrain) und überseeische Industrieländer (USA, Kanada, Japan). Mit der Masse der Entwicklungsländer gibt es nur geringe Überschneidungen des Warenangebots.

Unter handelspolitischen Gesichtspunkten ist also für die DDR in erster Linie von Bedeutung, wie ihr Zugang zu den Märkten in der EG im Vergleich zu den Bedingungen für die anderen europäischen Länder geregelt ist. So hat eine bevorzugte Behandlung der EFTA-Länder und einzelner RGW-Länder für die DDR einen hohen Diskriminierungseffekt. Dasselbe gilt für eine weitere Liberalisierung des Handels innerhalb der EG, soweit die DDR daran nicht beteiligt ist. Umgekehrt bringt eine stärkere Teilnahme der DDR an der EG-Integration entsprechend große Vorteile gegenüber den (anderen) europäischen Drittländern.

Fazit

Die DDR ist von ihrer weltwirtschaftlichen Integration her strukturell im Nachteil; denn sie ist vergleichsweise wenig in die internationale Arbeitsteilung eingebunden. Der überwiegende Teil des Außenhandels ist auf wirtschaftlich schwache Länder ausgerichtet, der Handel mit den EG-Ländern dagegen erheblich unterentwickelt. Dies gilt sowohl für den Umfang des EG-Handels als auch für die Warenstruktur.

Während zwischen den westlichen Industrieländern die intra-industrielle Arbeitsteilung dominiert, wird der EG-Handel der DDR noch stark durch inter-industrielle

⁶ Berechnet in der Untergliederung nach den Gütergruppen bzw. -zweigen der bundesdeutschen Produktionssystematik (GP).

⁷ Die Maßzahl kann Werte zwischen 0 (völlig unterschiedliche Strukturen) und 100 (völlig identische Strukturen) annehmen. Ihre Höhe hängt auch von der Tiefe der warenmäßigen Disaggregation ab: Sie nimmt tendenziell mit stärkerer Untergliederung ab. Den hier ausgewerteten Rechnungen liegen die Einfuhrdaten der EG-Länder (ohne Bundesrepublik) zugrunde, die entsprechend der International Standard Industrial Classification (ISIC) nach 135 Warengruppen des verarbeitenden Gewerbes untergliedert wurden. Die Struktur der EG-Einfuhren aus der DDR wurde mit derjenigen von rund 130 anderen Lieferländern verglichen. Damit jährliche Zufallsergebnisse ausgeschaltet werden, wurden die Einfuhren von 1985 bis 1987 zugrunde gelegt.

Arbeitsteilung geprägt. Dabei tauscht die DDR im wesentlichen Konsumgüter sowie Grundstoffe und Produktionsgüter gegen Investitionsgüter. Die sektorale Spezialisierung der DDR im Handel mit den EG-Ländern entspricht nicht derjenigen eines hoch entwickelten Industrielandes. Der Anteil von humankapital-, forschungs- und technologieintensiven Gütern an der Ausfuhr ist relativ gering und spiegelt nicht den stets betonten hohen Ausbildungsstand der Arbeitskräfte in der DDR wider. Die Frage stellt sich generell, inwieweit die derzeitigen Warenstrukturen des Außenhandels der tatsächlichen relativen Knappheit der Produktionsfaktoren in der DDR entsprechen. Vieles deutet darauf hin, daß die Handelsstruktur die komparativen Kostenvorteile und -nachteile der DDR nicht wiedergibt.

Die Unterentwicklung des EG-Handels der DDR erklärt sich vor allem aus politischen Entscheidungen. Die planmäßige Einbindung der DDR in den RGW-Raum schränkt die Möglichkeiten für den Warenaustausch mit den westlichen Industrieländern ein, und fehlender Konkurrenzdruck verhindert eine an Effizienzkriterien orientierte

Arbeitsteilung mit dem Ausland. So erfüllen die Importe lediglich die Aufgabe, die Lücken im eigenen Warenangebot zu schließen, die Exporte sind für die Finanzierung der Importe erforderlich, also ein notwendiges Übel⁸. Ziele wie eine Erweiterung der Märkte und eine Erhöhung der Produktivität traten dabei stets in den Hintergrund.

Für die Zukunft ist von vollständig geänderten Voraussetzungen auszugehen, und die nationale wie internationale Arbeitsteilung wird sich auch für die DDR unter Wettbewerbsbedingungen herausbilden. Derzeit muß die Frage noch offen bleiben, wo die zukünftigen komparativen Kostenvorteile und -nachteile beim Übergang zu der anvisierten sozial und ökologisch orientierten Marktwirtschaft liegen. Man kann aber wohl annehmen, daß sie sich in Richtung auf die Verhältnisse in der Bundesrepublik entwickeln werden. Jedenfalls steht fest, daß die DDR nicht nur ihre Produktionstechniken modernisieren muß, sondern auch einen erheblichen sektoralen Strukturwandel vor sich hat.

⁸ Vgl. hierzu auch DIW, a.a.O., S. 30.

EG-Handelspolitik gegenüber der DDR

Gemäß EWG-Vertrag liegt die Kompetenz für die Handelspolitik der EG seit Beendigung der Übergangsphase (Ende 1969) bei der Gemeinschaft. Dennoch gibt es aufgrund der unterschiedlichen ökonomischen Interessen und handelspolitischen Vorstellungen immer noch ein Nebeneinander gemeinsamer und einzelstaatlicher Politiken, wobei letztere im Hinblick auf die Staatshandelsländer besonders heterogen sind. Über einen gemeinsamen Konsultationsmechanismus versucht die EG, einzelstaatliche Politiken transparent zu machen und ggf. aufeinander abzustimmen. So bot sich bisher ein großer Raum für Aktivitäten der Mitgliedstaaten, die von der EG sanktioniert wurden. Ein Druck zum gemeinsamen Handeln kommt jetzt von zwei Seiten:

- Von innen im Hinblick auf die Vereinheitlichung des Binnenmarktes;
- von außen durch die Notwendigkeit, die Anstrengungen zur Unterstützung der wirtschaftlichen Reformen in den europäischen Staatshandelsländern zu konzentrieren.

Die Mischung von gemeinsamen und einzelstaatlichen Komponenten in den einzelnen Bereichen der Handelspolitik ist sehr unterschiedlich. Hier stehen Zölle und mengenmäßige Beschränkungen im Vordergrund.

Bei den *Zöllen* ist die Situation eindeutig: Der gemeinsame Außenzoll ist das Kernstück der gemeinsamen Außenhandelspolitik der EG. Sie gewährt allen Staatshandelsländern die Meistbegünstigungszollsätze. Die DDR hat für ihre Lieferungen in die EG die gleichen Zölle (bzw. Abschöpfungen bei Agrarprodukten) zu entrichten wie Japan, die USA und Kanada. Insgesamt gelten einheitliche Zölle und Abschöpfungen EG-weit und fließen in den Gemeinschaftshaushalt.

Bei den *mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen* ist die Lage dagegen sehr uneinheitlich. Die gemeinsame Basis gegenüber den Einfuhren aus Staatshandelsländern ist die sogenannte Liberalisierungsliste, in der diejenigen Produkte aufgeführt sind, die in keinem EG-Land mengenmäßigen Beschränkungen unterliegen¹. Den Mitgliedsländern blieb unbenommen, bei allen anderen Waren bestehende mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen beizubehalten². Die entsprechenden Einfuhrkontingente werden von der EG jährlich veröffentlicht. Damit legt die EG sozusagen einen „gemeinsamen Mantel“ um die individuellen Einfuhrkontingente der Mitgliedsländer.

Seit der gemeinsamen Rahmenerklärung der EG und des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) über die Aufnahme offizieller Beziehungen im Sommer 1988 hat die EG mit mehreren Staatshandelsländern Handels- und Kooperationsabkommen geschlossen³. In ihnen ist auch der schrittweise Abbau der mengenmäßigen Beschränkungen der einzelnen Mitgliedsländer vorgesehen. Für Polen und Ungarn wurde diese Liberalisierung vorge-

zogen, d.h. alle spezifischen Kontingente wurden zum 1. 1. 1990 aufgehoben. Außerdem wurden Polen und Ungarn ins Allgemeine Präferenzsystem einbezogen. Damit entfallen im gewerblichen Bereich auch die Zölle, für einige Agrarprodukte werden die Abschöpfungen reduziert.

Bisher hat die DDR mit allen EG-Ländern (außer der Bundesrepublik Deutschland) bilaterale Kooperationsabkommen, die aber keine in die Kompetenz der Kommission fallenden handelspolitischen Maßnahmen enthalten dürfen. Auf EG-Ebene haben die Verhandlungen mit der DDR über ein Handels- und Kooperationsabkommen am 29.1.1990 begonnen. Inzwischen befaßt sich die EG-Kommission aber bereits mit den Implikationen einer Integration der DDR in die Gemeinschaft.

Hauptausfuhrprodukte der DDR und ihre Zollbelastung

Die Warenstruktur der Exporte⁴ der DDR in die EG (ohne Bundesrepublik Deutschland) weist einige für die Beurteilung der EG-Handelspolitik gegenüber diesem Land interessante Merkmale auf:

- Die Palette der angebotenen Produkte ist relativ breit. Die größte Warengruppe (bestimmte Möbel einschl. Teile) hat einen Anteil von 5 vH an allen Lieferungen, nur 16 Waren haben einen Anteil von über 1 vH, und erst 43 Waren zusammen machen 50 vH der Lieferungen aus. Insgesamt umfassen die Exporte der DDR gut ein Drittel aller Warengruppen des Zolltarifs (rund 1400 von den insgesamt etwa 4000).
- Zu den wichtigsten Produkten zählen zwar hauptsächlich Industriegüter (Möbel, Maschinen, elektrische Haushaltsgeräte), aber weit oben in der Rangliste sind auch viele Roh- bzw. Halbwaren anzutreffen (Silber, Kupfer, Kali, Stahlzeugnisse) sowie Heizöle.
- Der Textil- und Bekleidungssektor ist nur mit wenigen Produkten (11) vertreten, und zwar vor allem mit Garnen und Geweben bzw. Gewirken, dagegen kaum mit Fertigwaren; zusammen betrug ihr Anteil nur knapp 3 vH.

¹ Die letzte von der EG publizierte gemeinsame Liberalisierungsliste datiert aus dem Jahre 1982 (ABI L 195/82). Seitdem haben aber einzelne EG-Länder weitere Produkte liberalisiert, so daß diese Liste inzwischen umfangreicher sein dürfte.

² Verordnung (EWG) Nr. 3420/1983 in ABI L 346/83. Die Warenlisten der Anhänge sind mehrfach geändert worden, zuletzt 1987 (ABI L 217/87).

³ Bisher mit Polen, der Tschechoslowakei (nur Handel mit gewerblichen Produkten), der UdSSR und Ungarn.

⁴ Sechsstellige Positionen des Gemeinsamen Zolltarifs, insgesamt 134 Waren, die zusammen 75 vH der DDR-Lieferungen ausmachten, zuzüglich 13 Waren, bei denen die DDR einen Importmarktanteil in der EG von über 10 vH hatte.

Einfuhr der EG-Länder¹⁾ aus der DDR nach ausgewählten Produkten²⁾ 1987

Ware		Wert 1000 ECU	Anteil an den Importen aus			Zollsatz ⁵⁾ vH	Kontingente ⁶⁾
GZT ³⁾	Name		DDR	kumul.	Welt ⁴⁾		
			vH			vH	
940390	Best. Möbel, Teile	72 724	5,23	5,23	2,16	5,6	DK*
310410	Best. Kalidüngemittel	49 679	3,57	8,80	9,36	0,0	E
710510	Silber, unbearbeitet	42 081	3,03	11,83	6,28	0,0	
731320	Best. Stahlbleche	32 132	2,31	14,14	3,96	4,9	UK
940190	Sitzmöbel	31 724	2,28	16,42	1,65	5,6	DK*
843510	Rotationsmaschinen	27 804	2,00	18,42	2,06	3,0	I
850130	Elektromaschinen	26 165	1,88	20,30	1,74	5,0	GR*, BNL*, F*
731110	Profile, aus Stahl	22 451	1,61	21,91	2,68	4,4	UK
401199	Best. Reifen	20 847	1,50	23,41	0,69	5,8	GR*, IRL
730712	Brammen, gewalzt	20 359	1,46	24,87	8,86	3,2	UK
420290	Reiseartikel	19 501	1,40	26,27	2,07	5,1	
850620	Staubsauger	17 195	1,24	27,51	4,25	4,0	
271061	Heizöl für begünst. Verf.	15 871	1,14	28,65	0,59	0,0	
390215	Polyäthylen, best. Formen	15 856	1,14	29,79	0,86	12,5	
841590	Kühlschränke	14 760	1,06	30,85	0,88	3,8	
271051	Gasöl f. begünst. Verfahren	14 412	1,04	31,89	1,83	0,0	
870611	Kraftfahrzeugteile	13 880	1,00	32,89	0,22	4,9	I*
851390	Telegr.-, Fernsprechgeräte, el.	12 098	0,87	33,76	0,68	7,5	
271069	Heizöl f. andere Verwend.	12 068	0,87	34,63	0,44	3,5	
731366	Best. Stahlbleche	11 889	0,86	35,49	1,54	5,3	UK
271059	Gasöl f. andere Verwendung	10 839	0,78	36,27	0,25	3,5	
120190	Ölsaaten	10 835	0,78	37,05	0,32	0,0	
920111	Klaviere	10 439	0,75	37,80	10,42	5,8	
740100	Kupfer, roh	10 004	0,72	38,52	0,36	0,0	
310295	Harnstoff	9 910	0,71	39,23	1,47	8,0	
731344	Best. Stahlbleche	9 908	0,71	39,94	1,54	4,4	UK
900710	Photoapparate	9 906	0,71	40,65	1,28	7,2	
293000	Verbindungen m. Stickstoff	9 680	0,70	41,35	2,15	13,0	E*
290119	Kohlenwasserstoffe, acycl.	9 425	0,68	42,03	0,89	0,0	
731890	Best. Stahlrohre	8 935	0,64	42,67	0,54	10,0	BNL*, GR*, UK
970399	Spielzeug	8 807	0,63	43,30	0,55	8,0	F*
390251	Polyvinylchlorid	8 535	0,61	43,91	0,81	12,5	E
852018	Glühlampen	8 448	0,61	44,52	1,89	6,0	E
430100	Pelzfelle, roh	8 434	0,61	45,13	1,14	0,0	
830790	Leuchten	8 418	0,61	45,74	1,20	4,9	
691190	Porzellangeschirr	8 390	0,60	46,34	3,12	13,5	BNL*, GR*, F*, I*, UK
970210	Puppen	7 976	0,57	46,91	4,25	8,0	E
851920	Schalter, Relais, u. ä.	7 892	0,57	47,48	0,22	4,6	E, P*
390195	Best. Kondensationserzeugn.	7 603	0,55	48,03	0,67	7,6	
270230	Braunkohle, agglomiert	7 516	0,54	48,57	22,15	0,07)	F
871439	Fahrzeughänger	7 497	0,54	49,11	1,25	5,3	
290169	Kohlenwasserstoffe, arom.	7 471	0,54	49,65	1,21	0,0	
440550	Holz, dicker als 5 mm	6 794	0,49	50,14	0,15	0,0	
851255	Wärmegeräte, El. Haushaltsgeräte	6 784	0,49	50,63	0,58	5,1	
390131	Aminoplaste	6 613	0,48	51,11	3,76	6,9	E*
845110	Schreibmaschinen	6 533	0,47	51,58	1,90	4,6	E
560120	Spinnfasern, künstl.	6 369	0,46	52,04	3,00	8,0	
842299	Be- und Entlademaschinen	6 288	0,45	52,49	0,30	4,1	
530100	Wolle, ungekämmt	6 234	0,45	52,94	0,45	0,0	
480198	Best. Papiere und Pappen	6 204	0,45	53,39	0,13	9,0	GR*, I*
850690	Haushaltsgeräte, elektr.	6 103	0,44	53,83	1,43	5,1	
870690	Kraftfahrzeugteile	6 070	0,44	54,27	0,06	6,9	
701300	Glaswaren, für den Haushalt	6 021	0,43	54,70	1,03	12,0	BNL*
252300	Zement	5 965	0,43	55,13	2,01	3,2	BNL
842500	Landwirtschaftsmaschinen	5 944	0,43	55,56	0,45	3,5	
253280	Best. mineralische Stoffe	5 587	0,40	55,96	3,62	0,0	
620423	Zelte, aus Baumwolle	5 476	0,39	56,35	20,70	14,0	BNL, DK, UK, IRL
843730	Wirk- und Strickmaschinen	5 249	0,38	56,73	1,50	4,4	
481800	Waren aus Papier, Pappe	5 230	0,38	57,11	1,78	12,0	
970500	Weihnachts-, Festartikel	4 948	0,36	57,47	3,25	6,2	
846190	Rohr- und Kesselarmaturen	4 931	0,35	57,82	0,21	4,6	
844588	Schmiedemaschinen	4 912	0,35	58,17	20,17	2,5	

noch: **Einfuhr der EG-Länder¹⁾ aus der DDR nach ausgewählten Produkten²⁾ 1987**

Ware		Wert 1000 ECU	Anteil an den Importen aus			Zollsatz ⁵⁾ vH	Kontingente ⁶⁾
GZT ³⁾	Name		DDR	kumul.	Welt ⁴⁾		
			vH			vH	
731020	Stabstahl, geschmiedet	4 904	0,35	58,52	27,12	4,9	UK
600140	Gewirke, a. synth. Spinnst.	4 788	0,34	58,86	9,00	12,0	UK
490100	Bücher und Drucke	4 787	0,34	59,20	0,35	0,0	
390780	Best. Kunststoffe	4 757	0,34	59,54	0,10	8,4	E, I*
590800	Best. Gewebe	4 618	0,33	59,87	1,01	12,0	DK, UK
850190	Elektromaschinenteile	4 617	0,33	60,20	0,95	4,4	GR*
844531	Dreh-Werkzeugmaschinen	4 610	0,33	60,53	1,56	5,0	
851240	Bügeleisen, elektrische	4 506	0,32	60,85	3,23	6,0	
851529	Best. Fernsehkameras ¹³⁾	4 480	0,32	61,17	0,21	4,9	
270430	Koks aus Braunkohle	4 439	0,32	61,49	40,88	0,0 ⁸⁾	
970699	Freiluftspiele	4 378	0,31	61,80	0,70	6,0	
760400	Aluminiumfolien	4 331	0,31	62,11	0,60	10,0	
731348	Best. Stahlbleche	4 288	0,31	62,42	0,42	5,3	UK
320510	Farbstoffe, synth. organ.	4 026	0,29	62,71	0,30	10,0	F, I
730830	Warmbreitband, aus Stahl	4 004	0,29	63,00	0,28	4,4	UK
10230	Hausrinder	3 993	0,29	63,29	0,25	⁹⁾	
700500	Flachglas, nicht bearb.	3 974	0,29	63,58	5,14	6,0	BNL*
310215	Harnstoff	3 957	0,28	63,86	1,90	11,0	
844558	Schleifmaschinen	3 828	0,28	64,14	2,75	4,9	
846200	Wälzlager	3 823	0,27	64,41	0,27	9,0	E*
290161	Kohlenwasserstoffe, arom.	3 782	0,27	64,68	10,87	8,0	
40515	Eier in der Schale	3 780	0,27	64,95	2,46	¹⁰⁾	
843200	Buchbindereimaschinen	3 771	0,27	65,22	1,86	3,5	
846399	Wellen, Getriebe, u. ä.	3 750	0,27	65,49	0,25	4,9	
292700	Verbindungen mit Nitrilf.	3 713	0,27	65,76	0,77	13,0	I*
30349	Garnelen	3 604	0,26	66,02	0,68	18,0	
733890	Haushaltsartikel, a. Stahl	3 545	0,25	66,27	0,69	5,6	E
410580	Best. Leder	3 527	0,25	66,52	3,19	3,5	
292519	Acyclische Amide	3 523	0,25	66,77	1,95	7,6	
870229	Personenkraftwagen	3 501	0,25	67,02	0,01	10,0	P
291417	Essigsäure	3 497	0,25	67,27	5,11	16,8	
120330	Samen v. Futterpflanzen	3 447	0,25	67,52	3,91	4,0	
850910	Beleuchtungsgeräte	3 389	0,24	67,76	1,11	4,9	
310318	Best. Phosphatdüngemittel	3 030	0,22	67,98	16,26	0,0	E*
845990	Teile für best. Maschinen	3 017	0,22	68,20	0,07	4,4	
990100	Gemälde von Hand	3 007	0,22	68,42	0,25	0,0	
400295	Synthet. Kautschuk	2 943	0,21	68,63	0,24	0,0	I
844800	Werkzeugmaschinenteile	2 927	0,21	68,84	0,32	2,9	
844551	Fräs- und Bohrmaschinen	2 911	0,21	69,05	1,40	5,5	
510110	Spinnfäden, synth.	2 880	0,21	69,26	0,14	9,0	BNL
410100	Häute und Felle, roh	2 869	0,21	69,47	0,15	0,0	
930410	Sportgewehre	2 843	0,20	69,67	3,71	6,3	
733600	Herde, Öfen, a. Eisen, n. el.	2 843	0,20	69,87	0,87	4,9	
10	Nicht zuzuordnen	2 760	0,20	70,07	0,03		
610950	Büstenhalter	2 726	0,20	70,27	1,60	6,5	
970499	Gesellschaftsspiele	2 679	0,19	70,46	0,60	5,6	
150111	Schweinefett	2 653	0,19	70,65	13,64	3,0	
560110	Spinnfasern, synth.	2 598	0,19	70,84	0,33	7,5	
820510	Werkzeug für -maschinen	2 589	0,19	71,03	0,43	4,6	
901200	Mikroskope, optische	2 581	0,19	71,22	3,01	10,0	F
851531	Best. Fernsehkameras ¹⁴⁾	2 556	0,18	71,40	3,53	4,9	
691320	Gegenstände aus Porzellan	2 546	0,18	71,58	1,96	9,0	UK
271053	Gasöl f. andere Verfahren	2 512	0,18	71,76	19,39	3,5	
841115	Pumpen und Kompressoren	2 508	0,18	71,94	0,23	4,4	E
844579	Metallpressen	2 497	0,18	72,12	2,28	5,0	
900500	Ferngläser	2 492	0,18	72,30	5,03	7,2	
701100	Glaskolben, -röhren	2 487	0,18	72,48	1,28	7,0	
970305	Holzspielzeug	2 478	0,18	72,66	8,91	8,7	F
734080	Waren aus Eisen, Stahl	2 474	0,18	72,84	0,20	5,3	GR*
390218	Polyäthylen, andere Formen	2 456	0,18	73,02	0,29	12,5	
960190	Bürstenwaren	2 435	0,18	73,20	1,45	7,7	BNL*, DK
581029	Ätz-, Luftstickereien	2 423	0,17	73,37	46,13	13,0	UK, E*

noch: Einfuhr der EG-Länder¹⁾ aus der DDR nach ausgewählten Produkten²⁾ 1987

Ware	Wert	Anteil an den Importen aus			Zollsatz ⁵⁾	Kontingente ⁶⁾
		DDR	kumul.	Welt ⁴⁾		
GZT ³⁾	Name	1000 ECU	vH		vH	
732000	Rohrformstücke	2 422	0,17	73,54	0,40	6,2
990600	Antiquitäten, ü. 100 J. alt	2 411	0,17	73,71	0,58	0,0
842315	Maschinen für Erdarbeiten	2 356	0,17	73,88	0,14	6,5
390151	Polyester	2 351	0,17	74,05	0,23	8,0
731223	Bandstahl, gewalzt	2 333	0,17	74,22	0,87	5,3
844040	Elektr. Waschmaschinen	2 308	0,17	74,39	0,27	5,1
480109	Kraftsackpapier	2 298	0,17	74,56	0,77	8,0
400990	Schläuche, Weichkautschuk	2 287	0,16	74,72	0,75	4,9
920500	Andere Blasinstrumente	2 283	0,16	74,88	5,06	4,9
292245	Anilin	2 279	0,16	75,04	1,90	12,0
860970	Achslager, f. Schienenfahrz.	2 131	0,15	75,19	58,74	7,5
10610	Hauskaninchen	2 089	0,15	75,34	18,50	6,0
600181	Gewirke, a. künstl. Spinnst.	1 667	0,12	75,46	49,75	12,0
920400	Akkordeons	1 063	0,08	75,54	10,92	7,5
271311	Mineralisches Wachs, roh	1 005	0,07	75,61	85,24	1,5
291423	Natriumacetat	851	0,06	75,67	14,08	15,2
381928	Elektrodenmasse, kohlenst.	728	0,05	75,72	12,02	5,3
283929	Nitrate des Natriums	536	0,04	75,76	10,87	8,8
290851	Ätherphenole	98	0,01	75,77	14,83	11,0
620391	Säcke, aus Flachs, Sisal	44	0,00	75,77	23,91	5,3
741710	Druckkoher, n. el., a. Kupf.	37	0,00	75,77	19,79	6,5
284330	Cyanide des Cadmiums	29	0,00	75,77	20,28	6,3
370415	Filme, photographische	10	0,00	75,77	17,86	¹¹⁾
	Gesamt	1 390 349	100,00	100,00	0,22	5,0 ¹²⁾

¹⁾ Ohne die Einfuhren der Bundesrepublik Deutschland. — ²⁾ Nach der Höhe des Einfuhrwertes 1987 (zusammen 75 vH der Einfuhr) sowie Produkte, bei denen der Importmarktanteil der DDR größer als 10 vH ist. — ³⁾ Gemeinsamer Zolltarif der EG. — ⁴⁾ Einschließlich der Einfuhren der 11 EG-Länder aus den anderen EG-Ländern (einschl. aus der Bundesrepublik Deutschland). — ⁵⁾ Wertzollsätze. — ⁶⁾ Spezifische Einfuhrkontingente einzelner Mitgliedstaaten; bei EGKS-Produkten nur, sofern sie nicht Sonderregeln unterliegen. Ein * bedeutet, daß nur einige Waren aus der Tarifposition kontingentiert sind (ex-Positionen). — ⁷⁾ Frankreich 2,2; Griechenland 5; Italien 1,8. — ⁸⁾ Italien 3,8. — ⁹⁾ 16 vH plus Abschöpfung. Für bestimmte Rassen Zollkontingente. — ¹⁰⁾ Abschöpfung. — ¹¹⁾ 0,70 Ecu für 100 m. — ¹²⁾ Mit den Einfuhrwerten gewogener Durchschnitt aller Wertzollsätze der ausgewählten Produkte. Der ungewogene Durchschnitt beträgt 6,0 vH. — ¹³⁾ Mit mindestens drei Bildröhren. — ¹⁴⁾ Mit weniger als drei Bildröhren.

Quellen: eurostat, Import (GZT 6) auf Magnetband; Gemeinsamer Zolltarif der EG im ABL L345/86; Einfuhrkontingente ABL L31/87; Berechnungen des DIW.

— Auffallend wenig landwirtschaftliche Waren gehören zu den wichtigsten Produkten. Unter den 50 Waren mit den höchsten Lieferwerten ist nur ein Agrarprodukt (Ölsaaten); insgesamt sind unter den 147 hier ausgewählten Produkten nur 7 landwirtschaftliche mit einem Anteil an allen Lieferungen von zusammen nur 2 vH.

Insgesamt haben die DDR-Lieferungen in die EG-Länder im Verhältnis zu deren Gesamtimporten (einschließlich des innergemeinschaftlichen Handels) nur ein verschwindend geringes Gewicht (durchschnittlich 0,2 vH). Größere Bedeutung hat die DDR aber auf einigen eng abgegrenzten Einzelmärkten. So erreichte sie 1987 ihre höchsten Importmarktanteile bei mineralischem Wachs (85 vH), Achslagern für Schienenfahrzeuge (59 vH), Gewirken aus künstlichen Spinnstoffen (50 vH), Ätz- und Luftstickereien (46 vH) sowie Koks aus Braunkohle (41 vH). Auch bei agglomerierter Braunkohle, Baumwollzelten, Schmiedemaschinen, geschmiedetem

Stabstahl, Säcken aus Flachs oder Sisal und Cadmiumcyaniden war ihr Lieferanteil mit 20 bis 27 vH sehr hoch. Von den 25 umsatzstärksten Exportprodukten der DDR kamen Kalidüngemittel, gewalzte Brammen sowie Klaviere immerhin auf einen Importmarktanteil von 9 bis 10 vH.

Abgesehen von landwirtschaftlichen Erzeugnissen liefert die DDR wenig Produkte, die mit hohen Zollsätzen belegt sind. Bei den Produkten mit Zollsätzen von mehr als 10 vH handelt es sich meistens um chemische Produkte sowie Porzellan, Glaswaren, Waren aus Papier und Pappe sowie Textilprodukte. Die Zusammensetzung der Produktpalette aus einer relativ großen Zahl zollfreier Waren und wenig Hochzollprodukten erklärt die mit 5 vH eher niedrige Zollbelastung im gewogenen Durchschnitt aller hier erfaßten Produkte. Bezieht man jedoch nur die zollpflichtigen Waren in die Rechnung ein, ergibt sich für diese ein Zollsatz von 6,3 vH. Damit rückt er schon in die Nähe des durchschnittlichen Zollsatzes für zollpflichtige amerikani-

sche Industriegüter auf dem Markt der Bundesrepublik, der für 1982 mit 7,8 vH berechnet wurde⁵ und 1987 ebenfalls niedriger gewesen sein dürfte, weil die Zölle seitdem noch gesenkt worden sind. Für die bundesdeutschen Importe aus Japan war damals ein Satz von 9,3 vH ermittelt worden. Berücksichtigt man bei den Entwicklungsländern die Zollentlastungen durch die Präferenzbehandlung in der EG, die etwa 30 vH der hypothetischen Zollschuld ausmachen, ergab sich eine tatsächliche Zollbelastung für Industriegüterimporte aus Entwicklungsländern von rund 7 vH, d.h. nach heutigen Zollsätzen entspricht diese Belastung etwa derjenigen der DDR-Lieferungen.

Entwicklung und Ausnutzung der Einfuhrkontingente einzelner EG-Länder gegenüber der DDR

Angesichts der geringen Bedeutung der Einfuhren aus der DDR ist es erstaunlich, bei wie vielen Produkten einzelne EG-Länder spezifische mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen gegenüber der DDR haben. Sie finden sich auch nicht hauptsächlich bei den Waren, bei denen die Importmarktanteile der DDR besonders hoch sind, sondern breit gestreut über die Produktpalette. Viele Produkte fallen nur in einem EG-Land unter Einfuhrbeschränkungen, und es sind nur wenige Produkte, bei denen die Lieferungen in mehreren EG-Ländern eingeschränkt sind: Hier sind vor allem Porzellangeschirr, Zelte, Elektromaschinen und bestimmte Stahlrohre zu nennen.

Die Zahl der Kontingente⁶ gegenüber der DDR hat sich in den letzten zwei Jahren wenig verändert, nur Portugal und vor allem Italien haben in dieser Zeit jeweils die Hälfte der kontingentierten Warenpositionen (außer Textilien) liberalisiert, alle EG-Länder (mit Ausnahme Irlands) haben

aber viele von ihren Kontingenten z.T. beträchtlich aufgestockt.

Leider veröffentlicht die EG bislang keine Angaben über die Ausnutzung der Kontingente. Eine Gegenüberstellung mit der Handelsstatistik erweist sich als problematisch, weil die Kontingente häufig sehr spezifisch nur für Unterpositionen gelten, die in der Handelsstatistik nicht identifizierbar sind⁷. Eindeutige Aussagen über die Ausnutzung der Kontingente lassen sich also nur für diejenigen Warengruppen treffen, die vollständig zugeordnet werden können, bzw. in allen denjenigen Fällen, in denen auch die Obergruppen keine oder nur geringere Einfuhren des betreffenden EG-Landes aus der DDR aufweisen.

Eine solche Auswertung konnte für alle Waren außer Textilien und EGKS-Produkte vorgenommen werden⁸. Sie

⁵ Vgl. Zollbehandlung ausgewählter Entwicklungsländer in der Bundesrepublik Deutschland. Bearb.: Uta Möbius. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 36/1986.

⁶ Für EGKS-Produkte gibt es aufgrund der anderen Rechtslage ein gesondertes Prozedere, durch das die noch bestehenden Kontingente der Benelux-Länder und Italiens gegenüber der DDR gesondert festgelegt werden. Sie sind hier nicht berücksichtigt.

⁷ Z. B. Meissner Porzellan. Auch die Umstellung der Außenhandelsstatistik auf den Harmonisierten Code ab 1988 ändert daran grundsätzlich wenig, weil auch hier viele Unterpositionen (ex-Positionen) weiter bestehen.

⁸ Bei Textilien ist eine Zuordnung von Einfuhrwerten zu den 92 Kategorien, für die in einem oder mehreren EG-Ländern Kontingente bestanden, aufgrund von Überschneidungen, ex-Positionen und der tiefen Untergliederung (zu einer Kategorie gehören bis zu 65 Nimex-Positionen) besonders schwierig und unterblieb daher. Ähnliches gilt für die speziellen EGKS-Kontingente.

Spezifische Einfuhrkontingente der EG-Länder gegenüber der DDR
(ohne unter die EGKS fallende Produkte)

	Zahl ¹⁾						davon erhöht			
	A T		A T		A T		A T		A T	
	1987		1988		1989		1988/87		1989/88	
Benelux	26	44	26	45	26	45	16	20	9	17
Dänemark	9	36	9	36	9	36	5	11	4	0
Frankreich	17	46	18	46	18	46	10	13	4	8
Griechenland	14	10	12 ²⁾	10	12 ²⁾	11	6	0	0	4
Großbritannien	7	37	7	32	7	33	1	4	3	0
Irland	1	7	1	7	1	7	0	0	0	0
Italien	32	16	17	17	16	18	9	6	7	4
Portugal	16	1	8	0	8	0	5	0	5	0
Spanien	40	12	40	14	40	14	30	1	28	0

¹⁾ Die Kontingente bestehen z. T. aus mehreren Tarifpositionen oder Teilen davon (ex-Positionen). A: Alle Waren (ohne Textilien), T: Textilien. — ²⁾ Zusammenfassungen aufgrund der geänderten Warennomenklatur.

Quellen: ABI L 31/87, L 43/88, L 82/89, L 354/89.

zeigt, daß bei den vier wichtigsten Importländern (Benelux, Frankreich, Großbritannien und Italien) im Jahre 1987 bei über der Hälfte der Tarifpositionen, für die Kontingente bestanden, überhaupt keine Waren aus der DDR bezogen wurden⁹. Im Falle Frankreichs betrug der Ausnutzungsgrad von fünf weiteren Kontingenten 3 (synthetische organische Farbstoffe) bis 92 vH (Fernseh- und Radioempfänger bzw. Teile), in den Benelux-Staaten bei 7 Kontingenten 37 (Elektromotoren) bis 88 vH (Geschirr und Haushaltsartikel aus Porzellan), in Italien bei 13 Kontingenten 2 vH (Nähmaschinen incl. Teile) bis 73 vH (Acker-schlepper einschließlich Teile). Nur bei zwei Kontingenten Italiens läßt sich eindeutig eine völlige Ausnutzung (Haushaltsporzellan und Druckmaschinen einschließlich Teile) konstatieren, bei einem sogar eine sechsfache Überziehung (synthetische organische Farbstoffe).

Bei den restlichen Kontingenten übersteigen die Einfuhren der vier EG-Länder in den Warengruppen der Einfuhrstatistik die „ex-Positionen“ der Kontingente, so daß hier eventuell ein höherer Ausnutzungsgrad angenommen werden kann. Das Kontingent an lebenden Ziegen und Schafen, zu dessen Einhaltung die DDR sich selbst verpflichtet hatte, wurde 1987 nur zu 26 vH genutzt. Insgesamt läßt sich also festhalten, daß die hier untersuchten Einfuhrkontingente in der Mehrzahl der Fälle nicht als Handelshemmnis gewirkt haben. Die weitgehende Nicht- bzw. Teilnutzung läßt eher auf eine Angebotschwäche der DDR schließen.

Antidumpingverfahren

Durch ihre Antidumping- und Antisubventionspolitik hat die EG vielfach versucht, unbequeme Konkurrenz aus Drittländern vom Gemeinsamen Markt fernzuhalten bzw. ihre Produkte zu verteuern. Besonders zu Beginn der achtziger Jahre war die DDR stark von Antidumpingverfahren betroffen. Wie bei anderen Drittländern auch, wurden die meisten Verfahren nach Exportpreisverpflichtungen eingestellt.

In den folgenden Jahren hat die EG weniger Antidumpingverfahren gegen die DDR angestrengt: 1985 wurden zwei, 1986 drei, und 1987 wurde überhaupt kein Antidumpingverfahren eingeleitet. Ob darin nun eine liberalere Haltung der EG zum Ausdruck kommt oder eher eine zurückhaltendere Preisgestaltung der DDR, sei dahingestellt. Sicherlich schafft aber die Eröffnung von Antidumpingverfahren bzw. die Drohung damit ein Klima der Zurückhaltung bei den Exporteuren und zwingt sie, sich stärker nach den (Markt-)Preisen anderer Anbieter zu richten.

Fazit

Die Handelspolitik der EG-Länder dürfte für die DDR bisher nur eine geringe Rolle gespielt haben. Die Ausgangslage für Lieferungen der DDR ist derzeit gekennzeichnet durch die zollfreie Einfuhr in die Bundesrepublik Deutschland (das sind rund 75 vH der Lieferungen in die gesamte EG) und zum anderen durch die Einfuhrschränken in den übrigen EG-Ländern in Gestalt des gemeinsamen Zolltarifs. Mengenmäßige Beschränkungen gibt es sowohl im innerdeutschen Handel als auch im Handel mit den anderen EG-Ländern. Die Kontingentierungen in den anderen EG-Ländern finden sich sowohl bei Waren mit einem hohen Marktanteil der DDR als auch bei solchen mit einem niedrigen Anteil. Der Ausnutzungsgrad ist zudem in den meisten Fällen sehr niedrig. Ein Abbau der Restriktionen allein läßt somit keinen nennenswerten Anstieg der Einfuhren erwarten. Eine Ausnahme dürfte allenfalls der Bereich Textilien/Bekleidung bilden. Sein Anteil ist bei den innerdeutschen Lieferungen wesentlich höher als bei denjenigen in die übrigen EG-Länder, wo dieser Sektor relativ hoch geschützt ist.

Wichtigste Voraussetzung für höhere Lieferungen der DDR ist also eine erhebliche Verbesserung auf der Angebotsseite. Diese wird durch eine Beteiligung der DDR am EG-Binnenmarkt sicherlich beschleunigt werden, zumal wenn zu der erforderlichen massiven Hilfe aus der Bundesrepublik Deutschland dann auch Strukturhilfemittel aus dem Gemeinschaftshaushalt, dessen Aufstockung bereits beschlossen wurde, bzw. günstige Kredite der Europäischen Investitionsbank hinzu kommen. Eine entsprechende Öffnung des EG-Marktes dürfte nicht schwer fallen: Bei Zöllen erscheint ein Wegfall unproblematisch, weil die DDR ohnehin kaum Produkte mit besonders hohen Zollsätzen lieferte. Auch bei Aufhebung der mengenmäßigen Kontingente dürften in den meisten Fällen keine akuten Schwierigkeiten entstehen, zumal in einer Reihe von Warengruppen die Einfuhrbeschränkungen in einzelnen EG-Ländern bereits im Hinblick auf den Binnenmarkt aufgehoben wurden. Eine vollständige Marktöffnung werden allerdings viele Konkurrenten in der EG bei zunehmender Produktivität der DDR-Betriebe deutlicher zu spüren bekommen. Doch mit den Reformen in der DDR und ihren Wirkungen auf Investitionen und Einkommen steigt auch das Aufnahmepotential des Landes für die Produkte der EG-Länder. Angesichts des zu erwartenden hohen Importbedarfs der DDR dürften diese Absatzchancen den zusätzlichen Konkurrenzdruck zumindest in den ersten Jahren bei weitem übertreffen.

⁹ In Benelux in 15, Frankreich 9, Großbritannien 4 und in Italien in 13 Fällen.

Wirtschaftliche Lage und Reformprogramm in Polen

Polens Wirtschaft hat 1989 ein schlechtes Ergebnis erzielt. Die gesamtwirtschaftliche Produktion des Landes stagnierte; sie lag immer noch unter dem Niveau von 1978, dem letzten Jahr vor der Krise. Privater Konsum und Investitionen gingen zurück. Das Ungleichgewicht auf dem inländischen Produktionsgüter- und Konsumgütermarkt hat sich verschärft. Seit der Freigabe der Nahrungsmittelpreise im August 1989 herrscht eine Hyperinflation. Die Auslandsverschuldung in konvertiblen Währungen hat weiter zugenommen.

Die neue, zum erstenmal nach 1945 nicht von der kommunistischen Partei geführte Regierung versucht, mit einer Schock-Therapie eine Wende zum Besseren einzuleiten: Mit der — weitgehenden — Freigabe der Preisbildung, dem fast vollständigen Abbau der staatlichen Subventionen, einem nahezu ausgeglichenen Staatshaushalt sowie der partiellen Inländerkonvertibilität der Landeswährung gegenüber westlichen Währungen will man die wirtschaftliche Lage stabilisieren und zugleich die Grundlagen für eine funktionsfähige Marktwirtschaft legen. Die Kehrseite dieses Programms, an dem der Internationale Währungsfonds (IMF) maßgeblich beteiligt ist, sind Arbeitslosigkeit, Betriebsbankrotte und zunehmendes Elend der wirtschaftlich Schwächsten. Was die Erfolgsaussichten angeht, so regiert bestenfalls das Prinzip Hoffnung. Es gibt indes zwei Lichtblicke: die anhaltende Unterstützung der Mazowiecki-Regierung durch die Mehrheit der polnischen Bevölkerung und die zugesagte, massive wirtschaftliche Hilfe des politischen Westens.

Produktion

Polens Bruttosozialprodukt und das produzierte Nationaleinkommen haben sich im vergangenen Jahr — nach vorläufigen Schätzungen der statistischen Behörde des Landes — gegenüber 1988 nicht vergrößert; ein — leichter — Rückgang beider Aggregate dürfte sogar plausibler sein. Zu diesem Ergebnis haben insbesondere die (staatliche und genossenschaftliche) Industrie (Absatz: $-3,5$ vH; arbeitszeitbereinigt: $-2,5$ vH) und die (vergesellschaftete) Bauwirtschaft (Produktion: -9 vH) maßgeblich beigetragen. Die Produktion der wichtigsten Grundstoffe ist gesunken: Steinkohle: -8 vH, Stahl: $-10,5$ vH, Walzwerkserzeugnisse: -9 vH. Dies hat den Produktionsprozeß der nachgelagerten Industrie empfindlich gestört. Verschärft wurde die Situation durch die Kürzung der Importe von Vorleistungsgütern ($-4,5$ vH). Der Bausektor erbrachte eine besonders schlechte Leistung: 1989 konnten nur knapp 150 000 neue Wohnungen fertiggestellt werden (-21 vH), das schlechteste Ergebnis seit 26 Jahren (öffentlicher Wohnungsbau: 95 000 Wohnungen: -27 vH; privater Wohnungsbau: 55 000 Wohnungen: -8 vH). Auf 1000 Einwohner bezogen wurden nur 4 neue Wohnungen gebaut (1978: 8). Junge Familien (1989 gab es 256 000 Eheschließungen) müssen weit über zehn Jahre auf eine eigene Wohnung warten.

Eine wichtige Ursache für das unbefriedigende Ergebnis der gesamten verarbeitenden Wirtschaft sind die zahlreichen Streiks gewesen: 1989 wurden 880 Streiks gezählt, an denen knapp 350 000 Beschäftigte beteiligt waren, darunter rund 300 000 Arbeiter, ($6,5$ vH aller Arbeiter im Bereich der materiellen Produktion). Der geschätzte Arbeitszeitausfall wird mit fast 700 000 Arbeitstagen beziffert.

Demgegenüber hat die Landwirtschaft ein Plus erzielt (Bruttoproduktion: $+2$ vH). Die pflanzliche Produktion

stieg um 4 vH, weil bei Getreide infolge der günstigen Witterungsverhältnisse eine Rekordernte (28,5 Mill. t) erzielt wurde. Die tierische Produktion ist dagegen leicht gesunken (-1 vH), weil die Fleischerzeugung hinter dem Ergebnis von 1988 ($-4,5$ vH) zurückblieb; dies hat sich auf die Versorgung der Bevölkerung negativ ausgewirkt. Gewachsen ist die Produktion der privaten Wirtschaft des Landes ($+12$ vH), sie erhöhte ihren Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung um zwei Punkte auf 18,5 vH.

Verwendung

Das verwendete Nationaleinkommen, die Summe der im Inland insgesamt verwendeten Güter und Dienstleistungen, lag in Polen im vergangenen Jahr um 3 vH unter dem Produktionsaufkommen; dieser Betrag diente überwiegend dem auswärtigen Schuldendienst. Im Vergleich zu 1978, dem letzten Vorkrisenjahr, war das verwendete Nationaleinkommen je Einwohner¹ 1989 um etwa 13 vH kleiner (bei der Produktion betrug der vergleichbare Rückstand rund 8 vH).

Der reale private Verbrauch hat sich 1989 leicht verringert, und zwar in erster Linie wegen des unzureichenden Angebots von Konsumgütern. Bei Nahrungs- und Genußmitteln traten Angebotslücken insbesondere bei Fleisch und Fleischwaren (-7 vH gegenüber 1988), Fisch und Fischwaren (-8 vH), tierischem Fett (-10 vH), Schokolade (-10 vH) und Wodka (-7 vH) auf. Bei sonstigen Waren konnte die Nachfrage selbst dort nicht gedeckt werden, wo das Angebot von 1988 mengenmäßig übertroffen wurde; dies traf für viele dauerhafte Verbrauchsgüter zu.

¹ Die Bevölkerung Polens nahm von 1978 bis 1989 um 8 vH auf 37,9 Mill. zu.

Die polnische Bevölkerung hat 1989 von staatlichen Handelsunternehmen für insgesamt 900 Mill. US-\$ ausländische Waren gekauft (+29 vH). Darunter waren 20 000 PKW, 153 000 Farbfernseher, 216 000 Videogeräte, 1,1 Mrd. Stück Zigaretten, 3,6 Mill. Liter Wein und Schaumwein, 6 600 km Baumwoll- und 2 200 km Seidenstoffe.

Die Anlageinvestitionen haben sich im vergangenen Jahr — erstmals seit 1983 — verringert (−2 vH). Dies war eine Folge von Kürzungen bei größeren Projekten im Bergbau, Verkehrsbereich und im Kraftwerksbau. Außerdem mußten viele Unternehmen wegen erheblicher Finanzierungsschwierigkeiten, die in der zweiten Jahreshälfte aufgetreten waren, ihre Investitionstätigkeit stark einschränken. Wegen der schlechten Wirtschaftslage beschränkten sich die meisten Unternehmen auf die Durchführung der allernotwendigsten Ersatz- und Modernisierungsinvestitionen.

Wegen des Investitionsrückstaus in den letzten zwölf Jahren — im vergangenen Jahr wurden nur drei Viertel der Summe von 1978 investiert — ist das produktive Anlagevermögen weitgehend veraltet („Dekapitalisierung“), und die technische Infrastruktur, im Zuge der stalinistischen Industrialisierung ohnehin stark vernachlässigt, befindet sich in einem kritisch-desolaten Zustand. In diesem Zusammenhang fällt auf, daß im vergangenen Jahr gerade die Investitionen in Maschinen und Einrichtungen besonders stark gesunken sind (−11 vH).

Preise, Einkommen, Lebenshaltung

Die Rakowski-Regierung hat am 1. August 1989 die Preise für alle Grundnahrungsmittel freigegeben, die Lebensmittelkarten für Fleisch und Fleischwaren aufgehoben sowie die staatlichen Subventionen für die Nahrungsmittelproduktion eingefroren. Die Folge war eine drastische Steigerung der Preise für Nahrungsmittel: Diese erhöhten sich im ersten Halbjahr 1989 um 60 vH (verglichen mit dem vierten Quartal 1988); in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres betrug die Steigerungsrate bereits mehr als 465 vH. Aber auch in allen anderen Bereichen der Wirtschaft hat sich die Inflation dramatisch beschleunigt:

Preissteigerungen in Polen; Stand Dezember 1989
(Dezember 1988 = 100)

Absatzpreise, staatliche und genossenschaftliche Industrie	750
Baupreise	763
Ausfuhrpreise	806
Einfuhrpreise	707
Einzelhandelspreise, Konsumgüter und Dienstleistungen insgesamt	740
dar. Nahrungsmittel	978
— im öffentlichen Handel	1110
— auf privaten Märkten	759
Alkoholische Getränke	759
Sonstige Waren	630
Dienstleistungen	541

Indikatoren der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Polen

Indikatoren	1986	1987	1988	1989	Stand 1989 1978 = 100
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in vH				
Produziertes Nationaleinkommen	4,9	1,7	4,8	0	99
Industrie: Produktion	4,2	3,3	4,9	−3,4	110
Beschäftigte	0,2	−0,5	−0,4	−4,5	88
Arbeitsproduktivität	4,0	3,8	5,0	1,2	124
Löhne und Gehälter	21,0	21,0	77,5	275,5	3094
Produktion der Landwirtschaft	5,0	−3,0	0,6	2,0	102
Produktion der Bauwirtschaft	2,0	−1,7	2,1	−9,0	68
Verwendetes Nationaleinkommen	5,0	1,6	4,7	0	93
Privater Konsum	4,8	2,6	3,0	−1,0	111
Anlageninvestitionen	5,9	4,2	5,0	−1,5	77
Ausfuhr	4,9	4,8	9,4	−0,7	131
darunter: Ausfuhr in das Währungsgebiet II	1,5	4,7	10,8	—	121 ¹⁾
Einfuhr	6,4	4,3	9,1	−0,7	126
darunter: Einfuhr aus dem Währungsgebiet II	3,2	4,7	16,9	—	81 ¹⁾

¹⁾ Stand 1988

Quelle: Statistisches Hauptamt in Warschau

Eine der wichtigsten Inflationsursachen war das gewaltige Defizit des zentralen Staatshaushalts (November 1989: 5,2 Bill. ZI., das war über ein Drittel der Staatseinnahmen). Dieses Defizit wurde durch einen zinsfreien Kredit (Geldschöpfung) der Nationalbank finanziert, so daß die Staatsverschuldung, die Ende 1988 noch 1,3 Bill. ZI betragen hatte, sich auf 6,5 Bill. ZI erhöhte. Der Staat mußte sich derart verschulden, um die wachsenden Subventionen (38,5 vH der Staatsausgaben) und die steigenden Löhne und Gehälter im öffentlichen Sektor finanzieren zu können.

Der „runde Tisch“, diese polnische Erfindung zur Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Reformen, hatte im Frühjahr 1989 zwar beschlossen, die Zunahme der Einkommen mit einem Faktor von 0,8 an die steigenden Lebenshaltungskosten zu binden. Die monatlichen Einkommen der außerhalb der Privatwirtschaft Beschäftigten sind dennoch kräftiger gestiegen (+286 vH) als die Kosten ihrer Lebenshaltung (+254 vH). Auch dadurch hat sich die Inflation beschleunigt; die Indexierung der Löhne kann in einer Wirtschaft, die von einer Angebotskrise geplagt ist, kein erfolgreiches Instrument der Inflationsbekämpfung sein, zumal man auf eine Indexierung der Zinsen und des Wechselkurses verzichtet hat.

Die infolge dieser Hyperinflation zunehmende Entwertung der polnischen Währung verursacht eine verstärkte Flucht in Sachwerte aller Art. Der US-\$ ist faktisch zur Hauptwährung geworden. Für polnische Bauern spielte der Diesel-Treibstoff die Rolle einer Ersatzwährung: 1 Liter Diesel für 1 Liter Milch oder 30 Liter Diesel für 1 Tonne Zuckerrüben.

Außenwirtschaft

Auch das Außenhandelsergebnis hat sich 1989 verschlechtert: Ausfuhr und Einfuhr gingen real jeweils um 1 vH zurück. Der Wert der Ausfuhr in das sog. Währungsgebiet I (Länder, mit denen der Handelsverkehr in sozialistischen, nicht-konvertiblen Währungen verrechnet wird²), erhöhte sich um knapp 2 vH, die Einfuhren von dort sind wertmässig deutlich gesunken (–7 vH); die Ursachen hierfür sind noch nicht klar erkennbar. Der Ausfuhrüberschuß Polens gegenüber dem WG I hat sich auf über 2 Mrd. Transfer-Rubel (TRbl) erhöht und damit fast verdoppelt. Hierzu hat auch die Verbesserung der Terms of Trade beigetragen (+3,7 vH; das ergab ein Plus von 420 Mill. TRbl).

Die Ausfuhr in das sog. Währungsgebiet II (Länder, mit denen der Handel auf der Grundlage konvertibler Währungen abgewickelt wird) stieg um 2 vH auf 8,5 Mill. US-\$, die Einfuhr aus dieser Region erhöhte sich um 5,5 vH auf 7,7 Mill. US-\$. Der Ausfuhrüberschuß gegenüber dieser Region betrug knapp 750 Mill. US-\$, fast 300 Mill. US-\$ weniger als 1988. Auch hier konnten Gewinne (115 Mill. US-\$) aus den Veränderungen der Terms of Trade

(+1,5 vH) verbucht werden. Dennoch hat sich das Leistungsbilanzdefizit in konvertiblen Währungen nach ersten Schätzungen des Finanzministeriums verdreifacht; es betrug Ende 1989 2 Mrd. US-\$.

Die Auslandsverbindlichkeiten des Landes in Transfer-Rubel sind um 0,6 Mrd. auf 5,9 Mrd. gesunken. Allein 5 Mrd. dieser Verbindlichkeiten bestehen gegenüber der UdSSR. Bereits 1988 haben Polen und die Sowjetunion vereinbart, die Rückzahlung dieser Schulden auf die Jahre nach 1995 zu verschieben³.

Die gesamten Verbindlichkeiten Polens in konvertiblen Währungen betrugen zum Jahresultimo 1989 rund 40 Mrd. US-\$, das war ein Plus von 0,8 Mrd. gegenüber 1988. Allerdings ist nach Polen kein „frisches Geld“ geflossen. Diese Zunahme ist ausschließlich durch die Kapitalisierung der im vergangenen Jahr fälligen, aber nicht gezahlten Zinsen bedingt (2 Mrd. US-\$).

Aufgrund der galoppierenden Inflation wurde der Zloty im Verlaufe des vergangenen Jahres gegenüber dem US-\$ um das 12 fache (Januar: 503 ZI/US-\$, Dezember: 6500 ZI/US-\$) und gegenüber dem TRbl um das 5fache (230 bzw. 1450) abgewertet.

Das neue Regierungsprogramm für 1990: Stabilisierung und Marktwirtschaft

Die Rakowski-Regierung hatte bereits zur Jahreswende 1988/89 ein Paket von Reformmaßnahmen beschlossen. Die grundsätzliche Gewerbefreiheit und die Gleichheit aller Unternehmen, unabhängig von ihrer Eigentumsform, wurden gesetzlich verankert; die bisherige Begrenzung der Beschäftigten in privaten Unternehmen (50 pro Schicht) entfällt. Ausländern wurde gesetzlich die Möglichkeit eingeräumt, in Polen allein oder zusammen mit polnischen Partnern zu investieren; ausländische Beteiligungen bis zu 100 vH des Kapitals sind dabei möglich. Ein zweistufiges Bankensystem, mit einer unabhängigen Zentralbank an der Spitze und untereinander konkurrierenden Geschäftsbanken wurde geschaffen; die Gründung von privaten Banken ist zulässig, und ausländische Banken können tätig werden. Das staatliche Außenhandelsmonopol wird weitgehend dereguliert; ausgenommen bleiben einige strategische Bereiche. Private Personen können im Inland frei Devisen kaufen und verkaufen; die Regierung legt nur den Wechselkurs für kommerzielle Zwecke fest. Die Staatliche Plankommission, die die Wirtschaftspolitik im wesentlichen bestimmt hatte, wurde ab-

² Ein Teil des polnischen Warenaustausches mit den RGW-Ländern wird nicht in TRbl, sondern in konvertiblen Währungen verrechnet. 1987 (jüngere Angaben liegen nicht vor) waren es 3,5 vH der polnischen Einfuhr und 3 vH der polnischen Ausfuhr.

³ Polen hat Anfang der achtziger Jahre von der UdSSR zusätzlich einen Kredit in Höhe von 1,5 Mrd. US-\$ erhalten. Die Rückzahlung dieses Kredits wurde auf die Jahre nach 1998 vereinbart.

geschafft und durch das Zentrale Planungsamt mit ausschließlich beratenden Funktionen ersetzt; die staatliche Wirtschaftsplanung beschränkt sich auf die Vorgabe wirtschaftspolitischer Leitlinien.

Dieses Reformpaket hat bisher keine positiven Wirkungen gezeigt. Im Gegenteil: die Regierung hat die makroökonomische Kontrolle über die Prozesse weitgehend verloren, und die finanzielle Disziplin ist auf allen Ebenen der Wirtschaft spürbar schwächer geworden. Auf diese Situation hat die neue Mazowiecki-Regierung, seit Mitte September 1989 im Amt, mit einem radikalen Erneuerungsprogramm reagiert; sie wurde dabei von Fachleuten des IWF unterstützt.

Dieses Programm verfolgt zwei — aus der Sicht der polnischen Regierung interdependente — kurzfristige Ziele: (1) einen spürbaren Abbau der Inflationsrate und der Angebotsknappheiten sowie (2) einen beschleunigten Umbau des Wirtschaftssystems in Richtung auf eine Marktwirtschaft. In mittelfristiger Sicht sollen, und hier handelt es sich um das eigentliche Ziel des Kurswechsels, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum, eine Verbesserung des Lebensstandards und eine Stärkung der externen Position des Landes erreicht werden. Die Behörden erwarten eine für die polnische Bevölkerung sehr harte Übergangszeit, von der man hofft, daß sie so kurz wie möglich dauern wird.

Das neue Programm hat die folgenden wichtigsten Bestandteile:

- Am 1. Januar 1990 sind — bis auf wenige Ausnahmen — die Preise für Produktions- und Konsumgüter freigegeben worden. Mieten, öffentliche Verkehrstarife sowie Preise für etliche öffentliche Güter unterliegen weiterhin der Kontrolle durch die Regierung (das sind nur noch 3 bis 5 vH des gesamten Umsatzes von Konsumgütern und Dienstleistungen; 1988 betrug der Anteil der Reglementierung 31 vH). Im Produktionsbereich werden nur Steinkohle, Koks und elektrischer Strom — auf sie entfallen zusammen 5 vH des Produktionspreisindex — administrativ festgelegte Preise aufweisen.
- Seit dem 1. Januar ist der Zloty für Inländer partiell konvertibel: Für alle laufenden Transaktionen in konvertiblen Währungen wurde ein einheitlicher Wechselkurs in Höhe von 9 500 ZI/US-\$ festgelegt (so gab es am 22. Dezember 1989 drei differenzierte Kurse: den offiziellen kommerziellen Kurs von 6 000 ZI/US-\$, den Kurs auf den Devisenauktionen für Unternehmen von 5 560 ZI/US-\$ und den Kurs von 8 250 ZI/US-\$ auf dem privaten Devisenmarkt). Zugleich sind sämtliche Subventionen und Steuererleichterungen für die Exportwirtschaft beseitigt worden. Unternehmen und private Haushalte haben einen unbegrenzten Zugang zu ihren Devisenbeständen, die sie bis einschließlich 1989 akkumuliert haben (ca. 6 Mrd. US-\$). Von nun an müssen die Unternehmen ihre Deviseneinnahmen an

die Zentralbank verkaufen, und sie können von der Zentralbank Devisen für ihre Importfinanzierung kaufen. Private Haushalte sind demgegenüber weiterhin berechtigt, Devisenkonto im Inland zu halten. Die Regierung wird die Entwicklung des offiziellen Wechselkurses im Vergleich zum Kurs auf dem privaten Parallelmarkt sorgfältig beobachten.

- Die quantitativen Beschränkungen der Einfuhr aus dem Westen wurden weitgehend aufgehoben (ausgenommen bleiben medizinische und sicherheitsrelevante Güter). Seit dem 1. Januar gilt für kommerzielle und private Importe aus dem Westen außerdem ein einheitlicher Zolltarif.

Auch die Ausfuhrfähigkeit ist seit Jahresbeginn liberalisiert. Die Zahl der zentralen Ausfuhrkonzessionen soll erheblich reduziert werden, die zentralen Ausfuhrquoten sind auf 50 Positionen bei Grundstoffen gesenkt worden (1988: 100). Diese Quoten, die nur während des Übergangs zur Marktwirtschaft fortbestehen sollen, haben die Aufgabe, den Reexport von aus dem RGW-Raum importierten Rohstoffen zu verhindern und die Versorgung des Binnenmarktes zu sichern.

- Die Zunahme der nominalen Löhne soll 1990 durch zentral vorgegebene Koeffizienten auf eine Rate begrenzt werden, die signifikant unter dem Anstieg der Preise für Konsumgüter und Dienstleistungen liegen wird. Jede Lohnerhöhung über diese Norm hinaus wird durch eine hohe und stark progressive Lohnsteuer abgeschöpft. Für die ersten vier Monate wurden Koeffizienten festgelegt: für Januar auf 0,3 der Preissteigerung und für die Monate Februar bis April auf 0,2 der Preissteigerung; für den Rest des Jahres glaubt man, den Koeffizienten auf 0,6 erhöhen zu können, weil man von Mai an mit einer erheblich reduzierten Inflationsrate rechnet. Diese harte Lohn- und Einkommenspolitik ist das Kernstück der Stabilisierungsanstrengungen.
- Im laufenden Jahr soll der zentrale Staatshaushalt ein „annäherndes“ Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben aufweisen — auch dies ist von fundamentaler Bedeutung für das Gelingen des Regierungsprogramms. Das geplante Haushaltsdefizit soll etwa 1 vH des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausmachen (1988: mehr als 8 vH des BIP). Auf der Ausgabe-seite sollen die Subventionen von 38,5 vH auf 14 vH der Ausgaben reduziert werden (das entspricht 7 vH des BIP), die verbleibenden Subventionen werden überwiegend an die Wohnungswirtschaft und an den öffentlichen Verkehr geleistet. Durch die Streichung sämtlicher Steuererleichterungen sollen Mehreinnahmen von 4 vH des BIP erzielt werden.
- Mit einer harten Geld- und Kreditpolitik sollen effektive Barrieren gegen eine zu exzessive Expansion der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage geschaffen und das Vertrauen in den Zloty als Wertaufbewahrungsmittel

wieder hergestellt werden. Die realen Zinsen sollen wieder aus dem negativen Bereich herausgeführt und insoweit die Voraussetzungen für einen effizienten Kreditmarkt geschaffen werden.

Dieses Programm wird in diesem Jahr durch eine Reihe weiterer Reformmaßnahmen flankiert werden. Die Regierung ist entschlossen, die staatliche Wirtschaft weitgehend zu privatisieren; der Entwurf des Privatisierungsgesetzes wurde soeben veröffentlicht⁴. In Kürze soll mit dem Verkauf staatlichen Vermögens begonnen werden; dies soll insbesondere auf öffentlichen Versteigerungen geschehen, die auch für Ausländer offenstehen. Ein Wertpapiermarkt und ein Kapitalmarkt sollen entstehen. Um den Wettbewerb zu stärken, sollen antimonopolistische Maßnahmen, insbesondere in der Kohleindustrie, Stromwirtschaft, Nahrungsmittelverarbeitung und im Handel ergriffen werden; der Entwurf eines Gesetzes gegen monopolistische Praktiken liegt dem Parlament bereits vor. Das gesamte Bankensystem soll weiter modernisiert werden. Ein Insolvenzgesetz soll geschaffen werden. Die verbliebenen Elemente der zentralen Intervention („Regierungsaufträge“) sollen beseitigt werden. Für 1991/92 ist eine umfassende Reform des Steuersystems vorgesehen.

Aussichten

Der — traditionelle — „Zentrale Jahresplan“ (CPR) wurde Anfang 1990 abgeschafft, die gesamtwirtschaftliche Steuerung stützt sich auf die (marktwirtschaftlichen) Instrumente der Staatshaushalts-, Geld- und Einkommens- sowie Währungspolitik. Die Inflationsrate soll von 650 vH im Jahr 1989 auf nicht mehr als 95 vH in diesem Jahr gesenkt werden; die monatliche Preissteigerung, die man im Januar auf 45 vH zu begrenzen hoffte, soll in der zweiten Jahreshälfte auf 1 vH zurückgehen. Die Regie-

rung rechnet mit einem weiteren „signifikanten“ Rückgang der Produktion. Viele unrentable Unternehmen werden schließen müssen, in der Bauwirtschaft könnten es allein 30 vH aller Betriebe sein. Die geschätzte Zahl der Arbeitslosen bewegt sich zwischen 400 000 und 3 Mill. Mit einem sozialpolitischen Netz sollen die Auswirkungen dieser Politik auf die Arbeitnehmer, die wirtschaftlich Ärmsten und Schwächsten begrenzt werden.

Die Ausfuhr in das WG II soll real stagnieren, bei der Einfuhr aus dieser Region ist ein Wachstum von 10 vH vorgesehen. Das Defizit der Leistungsbilanz in harter Währung wird damit um 1 Mrd. US-\$ auf 3 Mrd. US-\$ steigen (7 vH des BIP). Vorausgesetzt es gelingt, den in diesem Jahr fälligen Schuldendienst (4,8 Mrd. US-\$) auszusetzen, benötigt Polen 1,5 Mrd. US-\$, um den laufenden Fehlbedarf zu finanzieren. Der Überschuß der Leistungsbilanz gegenüber den RGW-Staaten soll 1990 halbiert werden.

Die Januar-Ergebnisse, die man indes nicht überbewerten darf, sind freilich nicht sehr ermutigend: Die Industrieproduktion fiel um 23 vH; die Wirtschaft bewegt sich in Richtung auf eine Rezession. Die Preise sind um 73 vH gestiegen, die registrierte Arbeitslosenzahl betrug rund 60 000.

Für die Mazowiecki-Regierung gibt es bei der Durchsetzung ihrer harten Wirtschaftspolitik (der Lebensstandard soll real um 20 bis 30 vH sinken) zwei Pluspunkte: Sie findet bisher immer noch die Unterstützung durch die Mehrheit der Bevölkerung; für diese Mehrheit gibt es offensichtlich nach 40 Jahren kommunistischer Mißwirtschaft keine Alternative. Sie hat von den Industrieländern des Westens Zusagen über wirtschaftliche Hilfen in Höhe von über 10 Mrd. US-\$ erhalten.

⁴ Vgl. *Zycie gospodarcze*, Nr. 7/1990, S. 5.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00
BTX-Systemnummer * 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Frieder Meyer-Krahmer, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

EG-Handel der DDR. Bearbeitet von Dieter Schumacher.

EG-Handelspolitik gegenüber der DDR. Bearbeitet von Uta Möbius.

Wirtschaftliche Lage und Reformprogramm in Polen. Bearbeitet von Heinrich Machowski.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 125,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandpesen